

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtagsblatt. 1831-1864 1831

55 (15.6.1831)

Landtagsblatt.

Mittheilungen aus den Verhandlungen der Stände des Großherzogthums
Baden im Jahr 1831.

N^o. 55.

Karlsruhe 15. Juni.

Fortf. der zwei und dreißigsten öffentl.
Sizung der zweiten Kammer.

Der Abgeordnete Duttlinger bemerkt, daß er über die Verhältnisse der Juden das Wort nehme, um im Protokoll der Kammer altentmässig zu machen, auf welcher Seite er stehe, und sein ganzes Leben hindurch stehen werde bei Fragen dieser Art, nämlich auf derjenigen Seite, welche durch den Denkspruch des großen brittischen Staatsmannes, Canning: „Politische und religiöse Freiheit der ganzen Welt!“ bezeichnet sey. „Es wundert mich nicht,“ fährt er fort, „daß unsere israelitischen Mitbürger sich mit dieser Petition an Sie gewendet haben; es würde mich im Gegentheil sehr wundern, wenn sie sich nicht an Sie gewendet hätten. Die Vorgänge der letzten 42 Jahre müßten in der That spurlos an dieser Klasse der Erdbewohner vorüber gegangen seyn, wenn sie sich mit dieser Petition nicht an uns gewendet hätten. Um was haben die europäischen Völker seit 42 Jahren in diesem sturmbelegten Abschnitte der Weltgeschichte gekämpft, für was sind so viele Thränen geflossen, so viele Ströme Blutes vergossen worden, und welche Frucht ist aus dieser blutigen Ausfaat für die civilisirten Völker der Erde hervorgegangen? Ich antworte: vielleicht die einzige, die Anerkennung des ewigen Grundsatzes für die Staatsvereine, um dessen Anwendung auch auf ihrem Rechtszustand im Staate heute die Juden bitten, nämlich die Anerkennung des großen ewigen Rechtsgrundsatzes der Gleichheit der Rechte, wie der Pflichten aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Um Anerkennung, um Ausdehnung und Anwendung dieses Grundsatzes auf den Rechtszustand unserer israelitischen Mitbürger allein bitten dieselben, und ich halte für meine Schuldigkeit, im Interesse der Christen selbst mich von ganzem Herzen dafür zu erklären, weil ich fürchte, daß der Uebelstand, unter

welchem die Christen, wie man mit Recht bemerkt hat, bei dem jetzigen Zustande der Judenthümlichkeit allerdings leiden, verewigt würde mit der Verewigung des Zustandes der Juden selbst.“ Er zeigt hierauf, wie sich die Erscheinung, daß der Handel und die edeln Metalle Europas nach und nach in die Hände der Juden kommen, erklären lasse; nämlich aus ihrer Ausschließung von Gewerben und Staatsämtern, und von allen den Bahnen, welche zur Macht und Ehre und andern Herrlichkeiten der Welt führen. Darum strebten sie nur nach harten Thälern, um sich dadurch die Herrlichkeiten der Welt zu verschaffen, oder dafür zu entschädigen. Er will nicht, daß die vollständige Emancipation heute schon ausgesprochen werde, weil man bei Ausführung dieser Maßregel auf unendliche Schwierigkeiten stoßen würde, die in der Abneigung der christlichen Mitbürger gegen die Juden liegen, und weil er ohne Abänderung in dem Systeme der Juden nachtheilige Folgen für die Christen fürchte. Diese Abänderung betreffe das System ihrer Feiertage, bei dessen Beibehaltung sie niemals Landbauern, Maurer, Zimmerleute &c. werden könnten, indem es ihnen unmöglich sey, die Konkurrenz mit christlichen Landbauern und Arbeitern zu halten; während der Christ sechs Arbeitstage habe, hätten sie höchstens vier.

Durch die Emancipation würde der Nachtheil entstehen, daß die Staatsdienste in Bälde ganz in den Händen der Juden allein wären, weil hier allein die Konkurrenz möglich wäre, und die Feiertage nicht hinderten, Akten und Gesetze und die Werke der Schriftsteller darüber zu lesen. Diesem Nachtheile möchte er das Vaterland nicht aussetzen. Er stimme dafür, daß die Regierung gebeten werde, eine israelitische Nationalversammlung zusammen zu rufen, um sie zu bestimmen, das System der Feiertage zu ändern, und Maßregeln zur Verbesserung ihres Unter-

richts und ihrer Erziehung vorzubereiten. Gegen alle übrigen Anträge der Kommission verwahrt er sich feierlich, und wünscht mit dem Abg. Rittermaier, daß die Frage über ihre Rechte in den Gemeinden bis zur Diskussion über die Gemeinde-Ordnung vertagt werde.“

Der Abg. Herr wünscht, daß man in seiner Aeußerung über diesen Gegenstand weder Intolleranz, noch Bigotterie erblicke; seine Pflichten als Mensch, als Christ und als Geistlicher haben ihm schon geboten, für alle, die seiner Sorge anvertraut waren, wohin er auch die Juden in gewisser Beziehung rechne, gleiche Sorge zu tragen; besonders aber habe sein ewig unvergesslicher Fürst, Karl Friedrich, ihm bei Uebertragung seiner Pfarrei (Kuppenbeim) große Aufmerksamkeit auf die Israeliten empfohlen, und was dieser Fürst wünschte, werde ewig für ihn Beifehl und heilige Pflicht bleiben, so lange ein Athemzug seine Seele belebe.

Seit 23 Jahren habe er, was in seinen Kräften gestanden, für sie gethan, besonders auch auf ihre Erziehung, ihren Unterricht und ihre Bildung hinzuwirken gesucht; aber nach 23jährigem Abmühen müsse er laut bekennen, daß er keinen Schritt mit ihnen vorwärts gekommen. Ihre Kinder hätten die christliche Schule besucht, und seyen jedesmal bei dem Examen unter den Fähigsten erschienen; aber von dem Tage ihrer Entlassung aus der Schule an seyen sie von ihren Aeltern wieder rückwärts gebracht worden, bis sie wieder dorthin versunken gewesen, wo die Alten noch standen. Keiner habe ein Handwerk erlernt, keiner ein ordentliches Gewerbe angefangen, nur Vieh und Sack seyen ihre Böhen. Durch unzeitigen Eifer einiger Beamten, besonders des Oberamtmanns Schmidts, seyen 2 Israeliten der Gemeinde als Bürger aufgedrungen worden; während der Vorbereitungszeit hätten sie sich möglichst assimiliert, nach ihrer Aufnahme aber es ärger gemacht, als vorher, nach jenen Worten der Schrift: „Wenn Einer ausgetrieben ist, so irrt er herum, und sucht Gesellen, und wenn er wieder kommt, so bringt er sieben mit, die ärger sind, als er.“ — Er habe deswegen den Muth nicht sinken lassen etc.

„Meine Herren,“ fährt er fort, „geben Sie uns die Emancipation der Juden jetzt schon mit nach Hause, so gebe ich nicht mehr heim. Ich wollte lieber ein anderes Geschenk mit nach Hause bringen, als dieses, die Cholera morbus z. B., denn diese würde mich in den Stand

setzen, meine Leute zu begraben, und damit von dem durch die Juden erlittenen Elende zu befreien. Dieses Geschenk aber, die Emancipation der Juden, würde mich in die Noth setzen, zu sehen, wie die armen Christen vollends verderben, verarmen und im Jammer zu Grunde geben. Sorgen Sie für der Juden Bildung, alsdann geben Sie ihnen alles, was Sie wollen, was ich ihnen von Herzen wünsche.“

Er spricht hierauf gegen ihre Anstellung in Staatsämtern, weil sie die erste Pflicht, treue Anhänglichkeit an Fürst, Verfassung und Vaterland nicht erfüllen können, indem sie auf einen andern weltlichen Herrn, den Messias, warten. Er erinnert an den Vorwurf, welchen man des Papstes wegen den Katholiken gemacht, daß sie einen Staat im Staate bildeten, und bemerkt, vor dem Papste brauche man im Jahre 1831 keine große Furcht zu haben, als ob er sich ein weltliches Regiment anmaßen werde; man wisse ihm die Lust dazu zu benehmen; täglich aber werde von Israels Söhnen der Messias erwartet.

Er warnt weiter vor Anstellung der Israeliten im Staatsdienst, indem sie überall ihre Glaubensgenossen begünstigen würden, und wolle man gar dem Großherzog einen Israeliten mit seinen Vorurtheilen in das Staatsministerium setzen, so werde der Regent einen Menschen vor sich haben, der ihn aus Noth und Gewinnssucht für seinen Herrn erkennt, mit der süßen Hoffnung: „Sobald der Messias erscheint, hat es mit meinem Dienst bei dem Goim ein Ende; dann reiche ich dem Messias die Hand, und verlasse den Fürsten.“ Der Huldigungseid daure also nur so lange, bis der Messias komme.

Der Abg. Müller spricht seine Ueberzeugung aus, daß die Gesamtheit der Israeliten noch nicht von der Art sey, daß man ihnen Rechte von großem Umfange einräumen könne; sie müßten zuvor auf ihre tausendjährigen Sitten und Gebräuche verzichten, was man der Zeit werde überlassen müssen.

Der Abg. Kettig v. K., stellt als Berichterstatter die verschiedenen Meinungen kurz zusammen, und sucht dieselben zu widerlegen. In dem Antrag des Abg. Rittermaier, die Regierung zu bitten, eine Kommission zu ernennen, welche den Stand der Sache zu untersuchen habe, sieht er einen Vorschlag, um den Kommissionsantrag zu besätigen.

Nachdem er gezeigt, daß nur durch Abgeordnete der

Judenschaft selbst, welche durch ihre Wahl von dem Volke die Vollmacht erhalten, auf Dieses oder Jenes zu verzichten, ein Vorschlag zu Anträgen erwirkt werden könne, worauf man eine Entschliebung bauen dürfe, und daß der Wunsch dazu in dem besseren Theil der Israeliten lebe, fährt er fort: „Glauben Sie nicht, m. H., daß die Vorschläge, die der Bericht enthält, nur aus mir selbst kommen, oder daß Leidenschaft oder Religionshaß, die beide mir fremd sind, mir solche in die Feder diktiert habe. Sie sind die Resultate der Ueberlegung und Prüfung von verständigen Männern zum Theil aus der Klasse der Israeliten. Sie sehen wohl ein, daß, so lange der schwere Druck des Talmud auf der größern Klasse der Nation liegt, von keinem Gedeihen die Rede seyn kann. Sie selbst fühlen, daß das Losreißen der Edlern und Besseren unter ihnen, für die größere Masse das Unglück vermehren würde, Mancher unter ihnen wäre vielleicht öffentlich zu dem Christenthum übergetreten; er hat es aber nicht gethan aus Edelmuth gegen seine Glaubensgenossen, damit diese nicht dadurch, daß die Edleren sich losmachen, in einen Abgrund zurückfallen, aus dem sie sich nicht mehr erheben können. Durch dieses Streben, bin ich überzeugt, werden wir nur im Interesse des bessern Theils der Israeliten handeln, wenn wir ihnen freundlich, aber auch kräftig die Hände reichen. Dieß wird aber nicht geschehen durch Bewilligungen. Denn dadurch könnten wir nur bezwecken, daß die weniger frei denkenden glaubten, jetzt sey das Ziel erreicht, und gerade was wir erreichen wollten, würde dadurch verfehlt: das Streben nach dem Bessern und Verständigerwerden; das Streben, das Alte wegzubringen, wäre umsonst.“

v. F r e i e i n: Kann ich, darf ich wohl zu den gediegenen Vorträgen, welche Sie seit einigen Stunden gehört haben, noch etwas beifügen? Feind aller Wiederholungen, werde ich höchst kurz seyn. Ich spreche nur um ausdrücklich denjenigen Stimmen beizutreten, welche die bisherige Niederhaltung und Zurücksetzung der Juden nicht billigen. Von dem Standpunkt des Menschen und Bürgers ausgehend, kenne ich keinen Unterschied zwischen dem Reichen und Armen, zwischen dem Juden und Christen, sie sind Menschen und Badener, wie ich; sie leben in demselben Staat wie ich; die Natur gab ihnen dieselbe Rechte wie mir; sie lieben dieselbe, wie ich. Was könnte mich also berechtigen, sie zurückzusetzen? ihnen Rechte zu verweigern, die ich fordere? sie auszuschließen von allen

Ehrenstellen und Diensten, welche ihnen gebühren, weil auch sie die Bürgerversichten erfüllen wie wir? Etwa unsere Religion deren erstes Gebot ist: Nächstenliebe und christliche Duldung? Ueber alles übrige, was von den Juden, für und gegen sie gesagt ist, spreche ich nicht, weil ich den Gegenstand für erschöpft halte. Ich eile zu der Frage, ob es räthlich sey, den Juden jetzt schon alle Rechte auf einmal zu geben, und ob nicht die Regierung, und die Gesetzgebung hier von selbst und im Interesse der Juden nach und nach, und in dem Maas vorschreiten muß, wenn das christliche Volk und die Juden selbst reif werden zu einer solchen Katastrophe. Man hat gesagt, es gebe viele gebildete Juden und ehrenwerthe Männer unter den Juden, würdig zu allen Stellen und Aemtern. Jeder von uns wird dieß bestätigen. Man hat ferner gesagt, sie fangen an, sich Gewerben zu widmen. Auch dieses ist wahr; ein Redner führte Karlsruhe an, ich kann von Mannheim sprechen. In diesem Augenblick zählt man dort, einen Gold- und Silberarbeiter, einen Schumacher, zwei Schneider, einen Regenschirmmacher, Färber und andere mehr. Dies wird ihnen beweisen, daß sie sich wirklich Gewerben widmen. Allein es ist auch eben so wahr, daß die große Mehrzahl von ihnen, besonders auf dem Lande, sich dem bürgerlichen Leben durchaus noch nicht genähert hat; daß sie öfters stehen geblieben sind. Absondernden Gebräuchen und Vorschriften, dem Schacherhandel und dem verderblichen Viehversteilen hängen sie mit Heißhunger an; schon der kleine Bube wird dazu angewöhnt. Eine zu verkaufende Kuh wirkt mit Zauberkräften auf sie, zu Duzenden springen sie ihr nach, aber als Landwirthe, als Tagelöhner oder Holzmacher sehen Sie keinen arbeiten. Der Handel und das Geld sind ihre Götzen. Glauben Sie, daß sich der wohlhabende Bauer ohne alle Ursache fürchtet; mit den Juden in einen Handel zu treten? Halten Sie es für ganz grundlos, daß die Gemeinden, in denen noch keine Juden sind, sich ängstlich bemühen, keine zu erhalten? Glauben Sie, daß das Sprichwort: er steckt mit den Juden, er ist verloren! auf gar nichts beruhe? Die Regierung muß also gerechtes Bedenken tragen, alle Rechte auf einmal zu verleihen, und sie wird dadurch wie der Abg. v. N o t t e c k richtig bemerkt hat, kein Unrecht begehen; und selbst die Stimmen derjenigen, die heute auf völlige Emanzipation der Juden angetragen haben, werden dieses nicht thun, weil sie selbst nicht

wollen, daß die armen christlichen Bürger das Wahlrecht haben sollen, indem sie dem Armen nicht hinreichende Kenntniß und Sinn für das Gemeinwohl zutrauen. Die Juden werden also, wenn sie nur nach und nach in die Rechte eingeführt werden, sich über keine Ungerechtigkeit von unserer Seite zu beklagen haben. Aber dem Kommissionsbericht kann ich nicht beistimmen, denn ich will nicht rückwärts gehen, ich will den Juden mehr Rechte geben, worüber ich mir meine Anträge bis zur Diskussion über die Gemeindeordnung vorbehalte.

Der Abg. Kinde schwender behauptet, die Juden genössen alle Wohlthaten der Verfassung, Schutz, Gleichheit vor den Gesezen, sie besuchten alle Staatsanstalten, könnten mit wenigen Beschränkungen Bürgerrechte erwerben, Ländereien an sich bringen, Handel und Gewerbe treiben, als Aerzte und Sachwalter praktizieren, sich bariquiriren lassen u. s. w. Da sie völlige Gleichstellung mit den Christen verlangten, so müsse er sich offen und bestimmt dagegen erklären. Er erkennt den Bericht der Majorität, und seine Anträge als allein zweckmäßig und zulässig an, und fährt fort: „Er führt dem Staatsbürger, dem Volksvertreter, dem Gesetzgeber, die hier allein entscheidenden Momente zur klaren Anschauung. Er bezeichnet scharf, die Grenzlinie zwischen Philantropie und Gesetzgebungspolitik, und stellt den für das Staatswohl einzig zulässigen Vereinigungspunkt für beide fest, der offenbar in dem Bericht der Minorität, ihrer Kommission verfehlt wurde, und reparirt endlich den großen Irrthum und Mißgriff des Letztern, rücksichtlich der Wichtigkeit und der Wirksamkeit der Beschlüsse des Bundestags unserer Verfassung gegenüber.“ Nachdem er hierauf aufgefordert, „ja nie aus den Augen zu lassen, daß wir hier nicht als barmherzige Menschenfreunde, sondern als Staatsbürger und Gesetzgeber entscheiden müssen,“ will er diesen Gegenstand noch von einem höhern Standpunkte beleuchten. — Der europäische Staat sey ein Christlicher, seine Institutionen seyen auf das Christenthum gegründet, oder durch es geheiligt. Die alten Germanen hätten ihre Civilisation mit dem Christenthum begonnen; das Judenthum bilde eine fortwährende Opposition gegen das Christenthum, seye also gegen die Grundlage unserer Staaten geichtet; das Judenthum sey und bleibe ein theokratisches, müsse darum immer einen Staat im Staate bilden. Bei dem Verfall des Christenthums in manchen Staaten, müßte eine Begünstigung des Judenthums den letzten Stützpunkt unserer Verfassung untergraben. Er deutet hierauf auf den Mißstand hin, den das Symbol der Erlösung auf den Gerichtsstuben veranlassen würde, wo Juden als Beamte zu Gerichte säßen; bemerkt daß die Juden ewig Fremdlinge unter den Christen bleiben würden, und deutet auf die Gefahr hin, daß durch diese Gleichstellung die Ruhe des Landes gestört werden könnte. Er fragt was daraus entzöhen würde, wenn man den Juden zu den Vortheilen des Handels, der Gewerbe, des Landeigentums auch noch das Recht gebe, sich überall einzudrängen, auch Gemeinde- und Staatsämter zu bekleiden, und schließt dann: „Mit einem Deutschen

möchte ich der Kammer zurufen: Erhaltet ihr den christlichen Staat nicht, so ist alles verloren. Oder setzt erst etwas anderes an die Stelle des Christenthums; aber es muß eben so fest, als dieses, den Himmel mit der Erde verbinden; auf eine unwandelbare Grundlage müßt ihr bauen, ein sicheres Gleichgewicht müßt ihr finden gegen die selbstsüchtige Natur des Menschen. Aber dieses vermöcht ihr nur, wenn ihr die Heiligkeit des Staates wiederherstellt, denn als diese verloren war in Unrecht, da begann das Uebel der Zeit! — M. H., die Römer deren legislatorische Weisheit uns noch jetzt mit Bewunderung erfüllt, gestatteten den Fremden weder gleiche Rechte mit Roms Bürgern, noch gleichen Cultus. Der tiefe Sinn dieser Anordnung kann dem Gesetzgeber nicht entgehen, und indem er ein dauerndes Werk bilden will, wird er sich hüten vor einer Mischung feindseliger Elemente, welche sich ewig nie durch Einheit der Form versöhnen lassen. Ich stimme für den Antrag der Mehrheit der Kommission.

Der Abg. Gerbel nimmt als Berichterstatter der Minorität das Wort. Er erblicke mit Freuden in allen Reden, mit Ausnahme der letzten, den Wunsch, einer Annäherung der Juden zu den Christen. Auch in dem Berichte der Majorität habe er schätzenswerthe Ansichten gefunden. Ueber die Gleichstellung der Juden in allen Rechten vereinigten sich ziemlich die Stimmen dahin, daß eine Versammlung der Juden durch Mandatäre über die Ursachen ihrer Absonderung eine Prüfung anstelle, und das Resultat dem nächsten Landtag vorgelegt werde. Was ihre Gemeinderechte betreffe, so werde er auch ohne den Artikel 16, der Bundesakte zu demselben Ziele gelangen. „Ich will nur,“ fährt er fort, „daß man bestehende Rechte achte; es ist das Recht des einen so heilig, wie das des andern.

Wir Alle stehen unter dem Schutze der Geseze, und kann man diese nur so gerade zum Nachtheil einer ganzen Klasse von Staatsbürgern aufheben, so möchte ich fragen, wo die Sicherheit in den bestehenden Rechten ist, und wo wir die Grenzen dieser Abschweifung vom Gesez finden. Es würde dann nicht mehr das Prinzip der Gerechtigkeit, sondern die Gewalt des Stärkern regieren. Hier tröstet mich jedoch das Vertrauen auf den Rechtlichkeitsinn der Mitglieder.“ Nachdem er sich vorbehalten, seine Ansichten bei der Berathung der Gemeinde-Ordnung geltend zu machen, trägt er auf Abstimmung an.

Der Abg. Bader erklärt sich noch für die Minorität, weil durch die Anträge der Majorität den Israeliten Rechte genommen würden, die sie nach bestehenden Gesezen schon haben.

Der Präsident schließt nun die Diskussion, und die Kammer faßt den Beschluß, daß die Regierung gebeten werden möge, eine Versammlung von Abgeordneten der Israeliten des Landes zu veranlassen, und ihr diejenigen Vorlagen zu machen, welche die Regierung selbst für zweckmäßig findet, um die der weitem Civilisation der Juden und ihrer Gleichstellung mit den Christen entgegenstehenden Hindernisse nach Thunlichkeit zu beseitigen.